

17595/AB
Bundesministerium vom 21.05.2024 zu 18149/J (XXVII. GP)
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
sozialministerium.at

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.234.388

Wien, 15.5.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 18149/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend Versandhandel: AK-Konsumentenschützer warnen vor Risiken bei Abstellgenehmigungen** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Wie viele Beschwerden sind im BMSGPK im Zusammenhang mit Postdienstleistern seit dem 1. Jänner 2020 eingegangen?*
- *Gegen welche Postdienstleister haben sich diese Beschwerden gerichtet?*

Im angesprochenen Zeitraum sind im BMSGPK vereinzelte Beschwerden eingegangen, die unterschiedliche Postdienstleister:innen betrafen.

Frage 3:

- *Welche konkreten Beschwerdethemen wurden im Zusammenhang mit den Postdienstleistern vorgebracht?*

Die vorgebrachten Probleme waren unterschiedlich und betrafen beispielsweise folgende Themen: späte Zustellung; Zustellung an einer Abholstation, obwohl Empfänger:in zu Hause war; Beschädigungen der Ware; Ware wurde mangels Zustellung bzw. Abholung wieder an die Versender:in zurückgesandt, weil Empfänger:in keine Benachrichtigung über den Zustellversuch erhielt.

Frage 4:

- *Welche Maßnahmen setzt das BMSGPK als Ressort bzw. in Kooperation mit anderen Bundesministerien, um eine Verbesserung des Verbraucherschutzes gegenüber Postdienstleistern durchzusetzen?*

Die Fachexpert:innen in meinem Ressort setzen sich sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene, etwa über die Post-Regulierungsbehörde (Schlichtungsstelle) dafür ein, dass im Bereich der Brief-und Paketpost die Rechte der Empfänger:innen gestärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

